

Nachqualifizierung im Südwestverbund

Eine Chance für Straffällige in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland

Ein Projekt der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Das Vorhaben „Nachqualifizierung im Südwestverbund“ geht aus einer Kooperation zwischen den drei Justizministerien der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland und dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - INBAS GmbH hervor. Im Mittelpunkt steht die Strukturentwicklung für eine berufsbezogene (Nach-) Qualifizierung von Strafgefangenen mit Blick auf die Externenprüfung. Das Projekt ist im September 2010 gestartet und läuft bis 31. August 2013.

Das Projekt zielt auf die Entwicklung einer Nachqualifizierungsstruktur für junge erwachsene Straffällige, die aufgrund ihres Alters und ihrer Voraussetzungen nicht mehr für eine berufliche Erstausbildung gewonnen werden können. Die für eine Nachqualifizierung altersmäßig in Frage kommende Gruppe bildet mit über 50% die größte Gruppe der Gesamtheit der Strafgefangenen. Von dieser Teilgruppe verfügt weniger als 10% über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Nachqualifizierung erscheint somit als eine geeignete Strategie, da Arbeit und Beruf im Resozialisierungsprozess ein hoher Stellenwert zukommt.

Hier setzt das Vorhaben an, indem es Strukturen zum Nachholen eines Berufsabschlusses entwickelt und Anschlussperspektiven schafft, um die vor und während der Haft erworbenen Qualifikationen mit Blick auf einen anerkannten Berufsabschluss fortsetzen zu können.

Ziele und Aufgaben:

In den Ländern des Südwestverbundes fördert das Vorhaben den Strukturaufbau für die Nachqualifizierung von Strafgefangenen auf politischer, anstaltsbezogener und individueller Ebene in den Regionen. Ziel ist es, Anschlussperspektiven zu schaffen, an welche die Inhaftierten mit den Kompetenzen anknüpfen können, die sie vor und während der Haft erworben haben.

Dafür werden Kooperationsbeziehungen zu Netzwerken ausgebaut und bestehende Angebote, Verfahrensweisen und Förderinstrumente für die Nachqualifizierung genutzt. Der Aufbau von „Doppelstrukturen“ soll vermieden werden. Dabei stehen folgenden Aufgaben im Zentrum:

- Erhebung vorhandener Qualifizierungsangebote bzgl. ihrer Anwendbarkeit für Nachqualifizierung sowie Erhebung und Analyse des Nachqualifizierungsbedarfs der Straffälligen.
- Beratung und Fortbildung der JVA-Mitarbeitenden und der Fachdienste, Motivierung der Betroffenen zur Nachqualifizierung, Ausweitung des Berufespektrums und
- Initiierung von Qualifizierungsangeboten, die anschlussfähig im Förderrahmen von SGB II / III in und außerhalb der JVAen durchgeführt werden.
- Ansprache und Sensibilisierung von JVA-internen und externen Unternehmen zum Thema Nachqualifizierung von Häftlingen und Haftentlassenen,
- Vernetzung und Abstimmung von Zuständigkeiten, Verfahrens- und Qualitätsstandards mit den zuständigen Institutionen und deren Beratung zum Handlungsfeld Nachqualifizierung.

- Öffnung von Zugängen zur abschlussorientierten Nachqualifizierung für Straffällige mit und ohne Migrationshintergrund sowie für Männer und Frauen auf konzeptioneller, organisatorischer und Verfahrensebene.

Handlungskonzept

Das Handlungskonzept ist mit den Justizministerien der drei Bundesländer abgestimmt. Einigkeit besteht darin, dass durch das Vorhaben keine vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen verdrängt oder Parallelstrukturen aufgebaut, sondern die vorhandenen weiterentwickelt und professionalisiert werden sollen. Das Vorhaben übernimmt die Funktion eines Katalysators: Mit den Ländern und jeweiligen JVAen werden in den Regionen Lösungen entwickelt, die es in Zukunft möglich machen, dass Straftlassene während oder nach der Haft an bislang erworbene Kompetenzen anknüpfen und zur Externenprüfung geführt werden können.

Auf der strategischen Ebene wird ein Begleitgremium eingesetzt, bestehend aus Vertreter/innen aus Landesministerien, Arbeitsverwaltung, Einrichtungen des Strafvollzugs und Kammern. Für die operative Steuerung konstituiert sich eine Steuerungsgruppe, in der Vertreter/innen der Justizministerien sich mit INBAS über die Umsetzungen in den Bundesländern verständigen.

Die operative Arbeit liegt bei so genannten Nachqualifizierungs-Koordinatorinnen und Koordinatoren. Sie sind mit Kommunikations- und Kooperationsaufgaben in den Justizvollzugsanstalten und in den Regionen betraut und bereiten Wege für NQ-Strukturen vor. Organisatorisch sind sie an ausgewählte Vollzugsanstalten angebunden.

INBAS ist für die Gesamtsteuerung mit Aufbau einer Vorhabenskommunikationsstruktur und – Controlling einschließlich Dokumentation und Berichtswesen verantwortlich, als weitere Aufgaben kommen Koordination und Kooperation auf Länder- und JVA-Ebene, Fortbildung und Begleitung der NQ-Koordinatoren und Koordinatorinnen sowie die Unterstützung derselben in den Regionen hinzu.

Kontakt:

INBAS GmbH

Constanze Brucker, Projektleitung NQ Südwest

Tel.: 069 / 27224-58; Mail: brucker@inbas.com

"Perspektive Berufsabschluss" ist ein Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das durch strukturelle Veränderungen den Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss dauerhaft senken will. 98 Projekte sollen dafür Netzwerke in zwei unterschiedlichen Förderschwerpunkten nachhaltig etablieren.

„Regionales Übergangsmanagement“ stimmt an 56 Standorten die verschiedenen bereits vorhandenen Förderangebote und Unterstützungsleistungen aufeinander ab, um Jugendlichen den Anschluss von der Schule in eine Berufsausbildung zu erleichtern.

„Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ schafft durch 42 Projekte geeignete Rahmenbedingungen, um an- und ungelerneten jungen Erwachsenen mit und ohne Beschäftigung einen nachträglichen Berufsabschluss zu ermöglichen.

„Perspektive Berufsabschluss“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aus Bundesmitteln und von der Europäischen Union aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds in den Jahren 2008 bis 2013 mit insgesamt rund 67 Mio. € finanziert.